

Vernetzt – wozu? Krisenvorbeugung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge im 21. Jahrhundert

Bericht über das Berliner Colloquium 2008



General Carl von Clausewitz
1780–1831

Werner Baach

Deutschland beteiligt sich seit über fünfzehn Jahren mit militärischen Mitteln in unterschiedlichster Weise am internationalen Krisenmanagement auf mehreren Kontinenten. Viele dieser Einsätze sind durch die komplexe Lage vor Ort und das Zusammenspiel unterschiedlicher nationaler und multinationaler Organisationen gekennzeichnet. Das Weißbuch der Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang den Begriff »Vernetzte Sicherheit« geprägt. Das gemeinsam von der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik veranstaltete »Berliner Colloquium« beleuchtete die Thematik der »Vernetzten Sicherheit« aus verschiedenen Blickwinkeln und auf unterschiedlichen Ebenen: in der politischen Theorie wie in der Praxis der Kriseneinsätze. Die Präsidenten der beiden Organisationen, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, und Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, begrüßten zu der erneut hochrangig besetzten Tagung vom 8. bis 10. April 2008 über 300 Mitglieder und Gäste aus Politik, Diplomatie, Militär und Gesellschaft.

In der nationalen »Vernetzung« des komplexen Krisenmanagements kommt dem Bundeskanzleramt mit Blick auf die nationalen wie multi- und internationalen Wir-

kungszusammenhänge große Bedeutung zu. Bundesminister Dr. Thomas de Maizière, Chef des Bundeskanzleramtes, Hauptredner des Colloquiums, eröffnete seinen Vortrag mit einer Würdigung Carl von Clausewitz'. Dessen Gedankengut gehöre zum Selbstverständnis der Bundeswehr in der Demokratie: »Das Vermächtnis von Clausewitz ist inzwischen Bestandteil der Tradition der Bundeswehr, und [...] die Clausewitz-Gesellschaft selbst gehört mittlerweile sicher zum guten und mit zum besten Bestandteil der Tradition der Bundeswehr.« Clausewitz habe mit seinem grundlegenden Verständnis von Politik und dem Einsatz militärischer Macht auch der heutigen Sicherheitspolitik ein bleibendes Fundament gegeben. Sich mit Clausewitz zu beschäftigen bedeute immer auch, sich mit den Grundlagen der Sicherheitspolitik auseinander zu setzen, auch unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Politik sei im Verständnis Clausewitz' schon als gesamtstaatliche Interessenvertretung gemeint und keineswegs reduziert auf eine rein militärische Sicherheitsvorsorge.

Vernetztes Handeln aus Sicht der Bundesregierung

Sicherheitspolitik heute verfolge einen umfassenden, Ressort übergreifenden, national und multinational vernetzten An-

satz. Dabei habe Sicherheit neben der militärischen fünf weitere Dimensionen: eine wirtschaftspolitische, eine entwicklungspolitische, eine soziale, eine kulturelle und schließlich eine ökologische Dimension. Sicherheit lasse sich deshalb weder exklusiv militärisch noch regional definieren, denn »wir stehen vor globalen Herausforderungen und Risiken«. Deutschland als rohstoffarmes und Export orientiertes Land müsse in diesem Risikoumfeld für die Sicherheit seiner Transport- und Kommunikationswege sowie für den sicheren Zugang zu Energie- und Rohstoffressourcen Vorsorge treffen. Die Risiken beträfen praktisch alle Politikfelder und ließen sich mit nationalstaatlichen Lösungen allein nicht bewältigen. Die Antwort der Bundesregierung auf die komplexen Herausforderungen sei eine Politik, die von einem ganzheitlichen und multinational eingebundenen Verständnis von Sicherheit ausgehe. Deutsche Sicherheitspolitik sei »wertgebunden auf der Basis der Werte des Grundgesetzes, aber auch interessengeleitet, nämlich von den nationalen Interessen unseres Staates und den internationalen Interessen unserer Bündnisse, denen wir angehören«. Nicht immer seien Werte und Interessen deckungsgleich. Die Sicherheitspolitik sei sowohl auf präventives wie auf nachhaltiges Handeln angelegt, um Krisen möglichst frühzeitig ent-



Kanzleramtsminister Thomas de Maizière (li.) – hier mit Generalleutnant a.D. Dr. Olshausen in der Diskussion – betonte das »Ressortprinzip« als Grundlage für »vernetztes Handeln«.

Fotos: Bundeswehr, Standortkommando Berlin IMZ.

schärfen und Konflikte dauerhaft bewältigen zu können, und sie verfolge einen vernetzten Ansatz, in dem möglichst alle staatlichen Handlungsmöglichkeiten Ressort übergreifend aufeinander abgestimmt und auf ein gemeinsames Ziel hin ausgerichtet seien.

Das Ressortprinzip: Vernetzte Zusammenarbeit kann man nicht befehlen

Vernetztes Handeln sei durchgängiges Prinzip in der Arbeit der Bundesregierung und der Bundesressorts. Es werde in der Praxis jedoch konkret vom Charakter der jeweiligen Krise und der Art der Herausforderung bestimmt. Minister de Maizière verdeutlichte das am Beispiel des Afghanistan-Engagements, einer »hoch komplexen Aufgabe«, bei deren Bewältigung sich eine enge Zusammenarbeit zwischen den »Kernressorts« AA, BMVg, BMZ und BMI entwickelt habe. Vor Ort in Afghanistan werde der ressortgemeinsame Ansatz durch das Konzept der »Provincial Reconstruction Teams« (PRT) fortgesetzt, die jeweils durch einen zivilen Leiter aus dem AA und einen militärischen Kommandeur geführt würden. Dabei wirkten auch Mitarbeiter aus Innenministerium und Entwicklungshilferessort mit. Gerade in der Arbeit der PRT habe sich gezeigt, wie erfolgreich die Zusammenarbeit der staatlichen Entwicklungshilfe mit der Bundeswehr sein könne. In der späteren Diskussion griff Minister de Maizière das Ressortprinzip noch einmal auf. Es sei

als Arbeitsprinzip im Grundgesetz festgelegt, daraus aber ergebe sich umgekehrt folgerichtig die Forderung nach einer engen Ressortabstimmung im Krisenmanagement. Alle Verantwortlichen müssten das erweiterte Verständnis von Sicherheit in ihren Ressorts konsequent umsetzen. Ressortübergreifendes und vernetztes Denken seien wichtiger als Organisations- und Strukturfragen. Zu der gerade aufkommenden Diskussion um eine Erweiterung der Stellung des Bundessicherheitsrates (BSR) stellte er in diesem Zusammenhang fest, dass dessen Aufgabe auf seine Initiative hin zwar erweitert worden sei, dass es sich dabei aber nicht um die Vorstufe zu einem Nationalen Sicherheitsrat nach amerikanischem Muster handele. Dafür sehe er in Deutschland keine Grundlage. Die in diesem Zusammenhang auch gestellte Frage, welche Möglichkeiten das Bundeskanzleramt habe, Einfluss auf die Ressorts, aber auch vertikal in Richtung Bundesländer auszuüben, um koordiniertes Handeln herbeizuführen, stellte er fest,

dass dies auch abhängig von der personellen und der koalitionsmäßigen Konstellation sei. Da änderten auch Organisationserlasse nichts: »Sie können vernetzte Zusammenarbeit nicht befehlen.« Das sei eher eine Sache guter Zusammenarbeit.

Afghanistan zeige aber auch, wie wichtig die vertikale Vernetzung im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten beim Krisenmanagement sei. Die Bundesländer verfügten über Personalressourcen und Expertisen, auf die der Bund bei der Bewältigung internationaler Krisen dringend angewiesen sei. Insbesondere bei den Polizeikräften sei Deutschland ohne Unterstützung

den oder eine Wahl abzusichern.« Aber die Hauptarbeit eines nachhaltigen Krisenmanagements fange oft dann erst an: fehlende staatliche Ordnung wieder herzustellen; zielgerichtete Entwicklungshilfe zu leisten, die die Lebensverhältnisse der Bevölkerung verbessere und ihr den Zugang zu Bildungseinrichtungen und einem funktionierenden Gesundheitssystem ermögliche. Nur so könne religiösem oder nationalem Extremismus entgegen gewirkt werden, der immer dann Nahrung finde, wenn die Menschen in Konfliktregionen für sich keine Lebensperspektive mehr zu sehen glaubten. Derart vielfältige Herausforderungen seien nur zu bewältigen, wenn die beteiligten internationalen Akteure zusammenwirkten und ihr Handeln zielgerichtet miteinander vernetzten.



Lebhafte Diskussionsbeteiligung aus dem Plenum.

der Länder nicht in der Lage, angemessene Kontingente für internationale Stabilisierungsmissionen zu stellen. Allerdings sei die Bereitschaft der Länder zur Abstellung von Personal für solche Einsätze »sehr unterschiedlich ausgeprägt«. Angesichts der zunehmenden Verflechtung von äußerer und innerer Sicherheit sehe er die Länder dennoch verstärkt in der Pflicht, sich hier zu engagieren.

Internationales Krisenmanagement zielgerichtet vernetzen

Krisen könnten erfolgreich nur durch einen vernetzten Ansatz im internationalen Rahmen gelöst werden. Die Stabilisierungseinsätze, die in den letzten 18 Jahren unter dem Dach der UN, der NATO und der EU durchgeführt worden seien bzw. noch geführt würden, hätten eines deutlich gezeigt: »Manchmal ist es notwendig, Streitkräfte recht frühzeitig zu entsenden, um etwa einen Waffenstillstand zu ermöglichen, ethnische Säuberungen zu be-

enden oder eine Wahl abzusichern.« Aber die Hauptarbeit eines nachhaltigen Krisenmanagements fange oft dann erst an: fehlende staatliche Ordnung wieder herzustellen; zielgerichtete Entwicklungshilfe zu leisten, die die Lebensverhältnisse der Bevölkerung verbessere und ihr den Zugang zu Bildungseinrichtungen und einem funktionierenden Gesundheitssystem ermögliche. Nur so könne religiösem oder nationalem Extremismus entgegen gewirkt werden, der immer dann Nahrung finde, wenn die Menschen in Konfliktregionen für sich keine Lebensperspektive mehr zu sehen glaubten. Derart vielfältige Herausforderungen seien nur zu bewältigen, wenn die beteiligten internationalen Akteure zusammenwirkten und ihr Handeln zielgerichtet miteinander vernetzten.

Aus Sicht der Bundesregierung seien NATO und EU »die Hauptforen, in die wir unsere sicherheitspolitischen Interessen einbringen und international zur Wirkung bringen können«. NATO und EU hätten unterschiedlichen Stärken, die sich im internationalen Krisenmanagement hervorragend ergänzen könnten. Die NATO werde dabei aufgrund ihrer Zweckbestimmung und der Anbindung an die Vereinigten Staaten von Amerika auf absehbare Zeit das militärisch wichtigere Forum bleiben. Allerdings sei er skeptisch gegenüber Bestrebungen, der NATO auch zivile Krisenmanagementfähigkeiten zuzuweisen. Hier liege eher eine Stärke der EU. Beide Organisationen dürften nicht in Konkurrenz zueinander stehen, so Minister de Maizière weiter: »Die NATO und mit ihr eine starke transatlantische Partnerschaft bleiben feste Ankerpunkte deutscher Sicherheits-

politik. « Transatlantische Partnerschaft und der weitere Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seien keine Gegensätze, sondern verhielten sich zueinander komplementär.

Vernetztes Handeln in der Krisenbewältigung – Anspruch und Wirklichkeit

Anspruch und Wirklichkeit der »Vernetzung« standen im Mittelpunkt von drei hochrangigen Panel-Diskussionen. Den diesen Diskussionsrunden vorangestellten Einführungsvortrag hatte Dr. Stefan Mair, Forschungsdirektor der Stiftung Wissenschaft und Politik, bewusst provokant unter die Frage »Krisenbewältigung: Synergie durch planvolles Handeln oder Durchwursteln im Gestrüpp der Akteure?« gestellt. Durchwursteln könne praktische Vorteile haben, so der Vortragende zuspitzend. Es reflektiere die Vielfalt von Akteuren, Strategien, Mitteln und Ansätzen, deren Summe es erst ermögliche, auf Unerwartetes zu reagieren und das Scheitern einer falschen Strategie zu verschmerzen. Das sei gerade »im hochkomplexen Gestrüpp moderner Krisenbewältigung« und zur Reaktion auf unbekannte sicherheitspolitische Lagen nicht das Schlechteste. Andererseits müsse das Schaffen von Synergien und planvollem Handeln nicht immer die erfolgreichste Strategie sein. Er selbst sehe in der Praxis das Optimum in vernetzten Einsätzen in der »Balance zwischen Vielfalt der Akteure und Ansätze einerseits, Plan und synergetischem Handeln andererseits«. Diese Balance besteht nach Auffassung des Vortragenden bisher (noch) nicht. Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs nach dem Kalten Krieg habe dazu geführt, dass Bedrohungen und Herausforderungen umfassender gesehen würden. Mit wenigen Ausnahmen wollten bei dieser Erweiterung des Aufgabenspektrums »alle alles machen«. Das Ergebnis seien Überlappungen, Kompetenzstreitigkeiten und endlose Abstimmungsprozesse, international wie national. Das führe dazu, dass »Durchwursteln im Gestrüpp der Akteure dominiert.« Das gelte in nicht unerheblichem Maße auch für Deutschland. Eine Neuordnung von Verfahren und Praktiken sei deshalb notwendig: Aufhebung des Ressortprinzips, Neuzuschnitt der Ressorts oder Stärkung des Bundessicherheitsrats. Krisenbewältigung als hochkomplexe Aufgabe bedürfe zwar der Vielfalt, aber es sei nicht schlecht, »das Gestrüpp zu lichten, die Zweckbestimmung transparenter zu gestalten, Ziele tiefer zu hängen und eine eindeutige Funktionszuordnung vorzunehmen«, so Dr. Mair am Schluss.

Unter der Überschrift »Ressortübergreifendes Handeln in der Krisenbewältigung

– Anspruch und Wirklichkeit« diskutierten – in Fortführung der bereits von Minister de Maizière angesprochenen Thematik – Dr. von Alvensleben (AA) sowie die Staatssekretäre Wolf (BMVg), Stather (BMWZ) und Dr. Hanning (BMI). Sie stimmten darin überein, dass Ressort übergreifende Zusammenarbeit und »querschnittliches Vorgehen« beim Krisenmanagement unverzichtbar seien. Die Panel-Diskussion machte zugleich aber unterschiedliche Auffassungen darüber deutlich, ob eine übergreifende Koordination bei Kriseneinsätzen erforderlich oder wünschbar sei. Dr. von Alvensleben ebenso wie Staatssekretär Stather, BMWZ, ließen zwar keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer engen, frühzeitigen Abstimmung und einer guten Organisation der Zusammenarbeit, standen aber der Auffassung von Sts Wolf und Sts Dr. Hanning skeptisch gegenüber, wonach ein »Überkoordinator« (Supervisor) die »Führung aus einer Hand« gewährleisten müsse. Das Beispiel Afghanistan zeige, so von Alvensleben, welche Vernetzungsschritte es unter den deutschen staatlichen Akteuren gegeben habe. Die dort bei der Arbeit der PRT entwickelten engen Abstimmungsmechanismen seien vorbildhaft für künftigen Bedarf, auch wenn sich diese gute Zusammenarbeit »nicht ohne gelegentliche Reibungsverluste und erst im Laufe des Einsatzes« entwickelt habe. Die vorhandenen Strukturen seien dafür ausreichend, man müsse sie nur konsequent nutzen. Und weiter: »Übergeordnete weisungsbefugte Koordinierungsstäbe, wie sie manche unserer Partnerländer in der einen oder anderen Form haben, sind unserem System der individuellen Ressortverantwortung fremd. Es muss aber unser Ziel sein, eine frühzeitigere Koordinierung zu erreichen, damit wir die Beiträge der einzelnen Ressorts von Beginn an besser aufeinander abstimmen können.«

Sts Wolf, BMVg, stellte dem entgegen, man habe in der Praxis zwar eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Ressorts etabliert, auch wenn die ersten Schritte nicht frei von Vorurteilen gewesen seien. Er halte dennoch ein abgestimmtes, »orchestriertes« Vorgehen auf nationaler und internationaler Ebene für unerlässlich, wolle man bei Krisenbewältigung und Krisennachsorge dauerhaften Erfolg erreichen. Dazu sei »eine Vernetzung aller Akteure auf Basis einer übergeordneten Strategie ... unabdingbar«, auch wenn dies ein sensibler Bereich sei. Sts Stather, BMWZ, brachte seinen Vorbehalt gegenüber einer dann möglicherweise militärisch geprägten Vorrangstellung beim Krisenmanagement deutlich zum Ausdruck: Zwischen den Ressorts bestünden »deutlich unterschiedliche Kulturen« beim Handlungsansatz (»ein Entwicklungspolitiker ist eher Pazifist«). Auffällig war andererseits in der

Diskussion die Übereinstimmung darüber, dass in den Ministerien das Bewusstsein für Kooperation »an der Basis« und – trotz Betonung des Ressortprinzips – »querschnittliches Denken und Vorgehen« bei allen Beteiligten gestärkt werden müsse.

Mit dem Thema der internationalen Vernetzung von Krisenoperationen befassten sich in einer weiteren Diskussionsrunde Botschafter a.D. Gunter Pleuger (UN), Botschafter Martin Erdmann (NATO) und Botschafter Dr. Clemens von Goetze (EU). Sie stimmten darin überein, dass bei dieser Aufgabe ein »sehr breiter Ansatz« (Botschafter Erdmann) erforderlich sei, das habe sich in Afghanistan gezeigt. Die UN, so Botschafter Pleuger, befasse sich nicht mehr allein mit der »klassischen Friedenssicherung«, sondern verstärkt mit den Problemen der »failing states« und damit, die Folgen der Globalisierung in den armen Ländern der Erde abzumildern – und dies trotz derzeit erheblicher interner Krisen der UN in den Bereichen Legitimation, Kapazität und Reformstau. Botschafter Erdmann, erläuterte den auf dem NATO-Gipfel von Bukarest Anfang April behandelten »comprehensive approach«, der auf einen breiten Ansatz und die enge Koordinierung der Krisenvorsorge und -bewältigung ziele. Dafür werde vor allem auch eine »enge Verzahnung« zwischen NATO und EU für erforderlich gehalten. Botschafter von Goetze wies darauf hin, dass die EU – im Unterschied zur NATO – die Kapazität habe bzw. diejenigen ihrer Mitgliedstaaten organisieren könne, um breit alle Felder der Krisenbewältigung abzudecken. Insgesamt waren sich die drei Botschafter darin einig, dass die UN eine »überragende Koordinationsfunktion« hätten und dass bei der Umsetzung der Maßnahmen eine enge Verzahnung aller drei Organisationen unabdingbar sei.

In der Diskussion auf die Frage nach der Weigerung Deutschlands eingehend, sich im Süden Afghanistans zu engagieren, wurde festgestellt, dass in dieser Sache in den letzten zwei Jahren ein »massiver angelsächsischer Druck« aufgebaut worden sei. Dieser habe Deutschland aber »nur oberflächlich geschadet«, weil die deutschen Leistungen im internationalen Krisenmanagement anerkannt würden. Botschafter Pleuger: »Deutschland braucht sich nicht zu verstecken. Es hat auch in den UN ein hohes Ansehen – gerade wegen seines umfassenden Sicherheitsansatzes im Norden Afghanistans, aber auch wegen seines Engagements in anderen Krisenregionen.

In einer weiteren Diskussionsrunde untersuchten Generalleutnant Kather (2006/2007 Kommandeur KFOR), Herr Wokalek (UNMIK Pristina) und Ministerialdirigent Wnendt (bis Juli 2007 Leiter der OSZE-Mission im Kosovo) in einer Art »Fallstu-

die« die internationale Zusammenarbeit im Kosovo. Der Konflikt, so der Diskussionsleiter, Generalleutnant a.D. Lahl, sei nach seiner Einschätzung »noch lange nicht gelöst«. Große Herausforderungen seien die ethnischen Spannungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern, die katastrophale wirtschaftliche Lage sowie die Unsicherheit im Inneren des Kosovo (einschließlich des Problems der organisierten Kriminalität). Die Diskussionsrunde war sich dennoch darin einig, dass eine »gewisse Stabilität« des Kosovo erreicht worden sei. Die Zusammenarbeit funktioniere, wenngleich die Abstimmung manchmal kompliziert und zeitraubend sei. Man müsse deshalb überlegen, ob sie einfacher gestaltet wer-

dessen Handeln allein im Rahmen vielfacher Vernetzung erfolgreich sein könne. Ein erster Aspekt dieser Vernetzung betreffe »das eigene Haus«, konkret: Die durch das Grundgesetz vorgenommene Gliederung der Bundeswehr in Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung dürfe nicht (künstlich) zum Hindernis für das vernetzte Handeln der gesamten Bundeswehr werden. Gleiches gelte für die Vernetzung zwischen den Teilstreitkräften. Er glaube, dass in den Streitkräften dieses Element der »Jointness« erfolgreich verwirklicht worden sei. Und, so der Generalinspekteur weiter, man werde dem Vernetzungsgedanken nicht gerecht, wenn man ihn allein organisatorisch begreife: »Vernetzung ist keine Orga-

meistens sehr pragmatisch. Und mit vorsichtiger Kritik an den Abstimmungsmechanismen zwischen den Ressorts fuhr der Generalinspekteur fort: »Wir müssen bei der Entscheidungsfindung wissen, wer welchen Beitrag im Engagement der Bundesrepublik Deutschland in der Bewältigung einer Krise leisten soll.« Schon bei der Festlegung des Mandats müsse gemeinsam darüber abgestimmt werden, was Ziel und Erfolgskriterien einer Mission sein sollten, und die insgesamt beizustellenden Komponenten müssten »definiert, erfüllbar und überprüfbar« sein. Militärisches Mittel sei und bleibe zwar ein entscheidendes Mittel zur Krisenbewältigung, aber es sei eben nur ein Mittel von mehreren.

Zum deutschen Einsatz im Norden Afghanistans stellte General Schneiderhan fest, dass die Vernetzung der PRT in einer »zivil-militärischen Doppelspitze« zwischen BMVg und AA »im Wesentlichen draußen im Einsatz gut funktioniert«. Mit Sorge erfülle ihn aber, dass auch in Nordafghanistan die Bedrohung für die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) ebenso wie für die Soldaten steige – in dem Teil des Landes also, der von manchen Kritikern so gern als »Schlafstätte für die Bundeswehr« bezeichnet werde. Mit erkennbarer Bitterkeit stellte der Generalinspekteur weiter fest: »Was außerordentlich weh tut ... ist, wie wir manchmal mit der Leistung unserer Soldaten hier in der Öffentlichkeit umgehen, nur weil sie eben nicht permanent in Kampfhandlungen gebunden sind. Das ist außerordentlich unfair, wenn es aus unseren Reihen kommt ... Die, die am Tag nach einem Anschlag wieder hinausfahren müssen, das sind keine Feiglinge ...«. In diesem Zusammenhang erteilte er Forderungen, einen Einsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans notfalls auch gegen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung zu beschließen, eine deutliche Absage: »Ich wage zu bezweifeln, dass das eine gute Idee ist. Am Ende sind es die Soldaten, die das ausführen müssen, Staatsbürger in Uniform und Teil dieser Gesellschaft. Ich kann nur davor warnen, gegen diese Gesellschaft solche Einsätze durchsetzen zu wollen.«

Vernetzung sei auch beim Krisenmanagement im Inland notwendig. Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit bestünden nicht mehr so wie früher. Deshalb habe die Bundeswehr mit ihrem neuen territorialen Konzept im Rahmen der Katastrophenvorsorge nach Artikel 35 GG ein flächendeckendes Netz so aufgebaut, dass es den föderalen Strukturen bestmöglich entspreche. Zurzeit suche er zudem in Gesprächen, zum Beispiel mit dem Technischen Hilfswerk und dem Deutschen Roten Kreuz, Klarheit darüber zu gewinnen, ob es möglich und sinnvoll sei,



General Schneiderhan (li.) – hier mit dem neuen Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Generalleutnant a.D. Lahl – in der Diskussion.

den könne, zum Beispiel durch Verringerung der Zahl der beteiligten Länder und die Beauftragung einer »lead nation«. Doch überwogen die Zweifel, vor allem in der Diskussion mit dem Plenum, dass dies Konzept einer »lead nation« realisierbar sei, weil vor allem die USA es nicht mittragen würden.

Generalinspekteur: Die Bundeswehr und der militärische Beitrag zur vernetzten Krisenbewältigung

Mit der Feststellung, dass die soldatische Aufgabe in der Krisenvorsorge wie -bewältigung in sich selbst schon eine vernetzte Aufgabe sei, leitete General Schneiderhan seine Betrachtungen zum Thema »Vernetzte Sicherheit« ein. Es reiche für den Soldaten heute nicht mehr aus, nur »Militärhandwerker« zu sein, und die Einengung seiner Rolle auf die des »Kämpfers« entspreche nicht mehr dem Berufsbild des Soldaten von heute und morgen,

nisationsform, das ist die Steuerung von Prozessen ...«. Dabei sei für die Soldaten eine ganz schwierige Entwicklung eingetreten, nämlich die »Fragmentierung unserer Aufträge«. Denn den geschlossenen Einsatz von großen Truppenkörpern gebe es zurzeit nicht, auch wenn er ihn nicht ganz ausschließen wolle. Jeder Einsatz habe andere Qualitäten: Man könne von der UNIFIL-Mission der Marine vor der Küste des Libanon nur ganz bedingte Rückschlüsse auf Bedingungen im Kosovo ziehen, und vom Kosovo nur bedingt auf Bosnien oder gar Afghanistan schließen.

Vernetzung muss bei der Entscheidungsfindung erfolgen

Für die Optimierung der nationalen Abstimmungsprozesse müsse die Vernetzung schon in der Entscheidungsfindung stattfinden, nicht erst in der Durchführung beginnen. Da bestünden die geringsten Probleme, denn die Truppe vor Ort löse das



ISAF-Patrouille in Afghanistan: »Die, die am Tag nach einem Anschlag wieder hinausfahren müssen, das sind keine Feiglinge« (Generalinspekteur der Bundeswehr)

wenn auch die Bundeswehr, so wie diese Hilfsorganisationen, Stützpunkte für die Krisenvorsorge im Inneren schaffe. Solche Stützpunkte könnten dann variabel für die jeweils zu erwartenden Anforderungen in einer Krise unterschiedlich mit Material und Gerät bestückt und schnell für einen Einsatz zusammengeführt und disloziert werden.

Strategische Informationsvernetzung defizitär

Ein Feld der Vernetzung, das erst ganz am Anfang stehe, sei das der »strategischen Informationsvernetzung«. Übergreifende strategische Kommunikationskonzepte fehlten weitgehend, in Deutschland ebenso wie in NATO und EU. Das habe für die Soldaten »ungeheuer negative Auswirkungen«. Wie könne man einen Soldaten, der in den Einsatz gehe, motivieren, wenn jeder Zwischenfall in der deutschen Öffentlichkeit dazu benutzt werde, den Auftrag in Frage zu stellen? Wie schließlich, »wenn auch im politischen Umfeld nach mehrheitlicher Mandatserteilung die Diskussion über die Sinnhaftigkeit unseres Tuns nicht abreißt? Wie motiviert man Soldaten dann, bewusst in die Gefahr hineinzugehen und in der Gefahr zu handeln?« Das habe zudem negative Auswirkungen auf die Bevölkerung, zum Beispiel in Afghanistan: »Wie sollen die denn glauben, dass wir ihnen die Zukunft bringen, die menschenwürdige, wenn sie in unserer eigenen Kommunikation nur unsere Selbstzweifel erkennen können?« Auch in der anschließenden Diskussion

fokussierte sich das Interesse auf die Probleme bei der Information der Bevölkerung. Mit den Medien selbst habe man, so der Generalinspekteur, ein gutes Netzwerk, aber dennoch fühle die Mehrheit der Gesellschaft »keine kollektive Betroffenheit« in Fragen der deutschen Sicherheitspolitik und der Auslandseinsätze; das gelte selbst für Teile der Bundeswehr. Er bat alle, insbesondere auch die Medien, um Unterstützung dabei, in der Bevölkerung ein besseres Verständnis und so auch eine größere Akzeptanz zu schaffen.

Auch Minister de Maizière hatte zuvor das Thema der Vermittlung eines neuen sicherheitspolitischen Denkens bei der Bevölkerung aufgegriffen. Ganz sicher sei die oft nicht mehr verständliche Fachsprache in vielen Politikfeldern eine zentrale Ursache für Politikverdrossenheit in Deutschland. Es gelte, gerade auf dem Feld internationaler Verantwortung Deutschlands und der Akzeptanz der Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung eine verständliche Sprache zu finden: »Da haben wir eine gewaltige Lücke, und da spielt Sprache eine zentrale Rolle.« Hier habe auch die »Sicherheitscommunity« eine Bringschuld gegenüber der Bevölkerung, und auch die Clausewitz-Gesellschaft könne einen wichtigen Beitrag leisten, nicht nur intern, sondern auch nach außen. ■

Oberst a.D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft ist er für die Informationsarbeit verantwortlich. Informationen zur Clausewitz-Gesellschaft: www.clausewitz-gesellschaft.de